

Sozialismus oder Chavismus in Venezuela?

Autor(en): **Bossart, Rolf / Suter, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **104 (2010)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390157>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

• **Rolf Bossart:** *Herr Suter, Sie kennen Venezuela und das Umfeld der Regierung Chavez sehr gut und reisen regelmässig ins Land. Was ist von der fundamentalen Kritik auch von links am Projekt eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela Ihrer Meinung nach zu halten? Ist der Prozess der sozialen Reformen ins Stocken geraten oder bereits zum Scheitern verurteilt?*

Walter Suter: Ich würde sagen, es geht weiter, aber von einem Zwischenhalt kann man durchaus sprechen. Es geht im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen am 26. September 2010 darum, die neue Partei Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV), die man aus der bisherigen Bewegung heraus gegründet hat, zu strukturieren, und das gibt einige Probleme und bindet deshalb viele Kräfte.

Welche Probleme sind das?

Man muss davon ausgehen, dass die Opposition anders als vor vier Jahren, als sie die Wahlen kurzfristig boykottiert hatte, dieses Jahr sich beteiligen wird und von da an also auch im Parlament mit einer starken Stimme im Umfang von sicher 40% vertreten sein wird. Ich hatte in diesem Zusammenhang ein längeres Gespräch mit dem Historiker und General Müller-Rojas, einem langjährigen Vertrauten von Chavez. Er ist ein wichtiger Gesprächspartner für Chavez und einer der wenigen, die ihm auch offen widersprechen, und deshalb ist ihr Verhältnis auch immer wieder etwas gespannt. Müller-Rojas war bei den Wahlen 1998 Kampagnenleiter und kennt die Verhältnisse von innen heraus.

Ein grosses Problem bei den Vorbereitungen auf die bevorstehenden Wahlen ist die Bestimmung der KandidatInnen. Es hat in der neuen Partei sehr viele Mandatsträger, die im Staatsdienst sind und von Amtes wegen darin sitzen. Diese Leute sind sehr anfällig für Korruption und Absprachen. Das markanteste Beispiel für eine gefährliche Ämterkumula-

Sozialismus oder Chavismus in Venezuela?

Walter Suter war von 2003 bis 2007 Schweizer Botschafter in Caracas und beobachtet seit Jahren die Regierung Chavez. In einem Vortrag hat Suter einen ehemaligen Präsidenten von Venezuela zitiert, der in einer privaten Runde gesagt hat, dass Hugo Chavez 1998 nur deshalb an die Macht gekommen sei, weil die Eliten sich im ehemaligen Putschisten Offizier getäuscht hatten. Sie hätten gedacht, sein linkes Programm sei nur Wahlrhetorik und er würde auch wie die Präsidenten zuvor sich als nützliche Marionette ihrer Interessen erweisen. Aber Chavez habe nach einer kurzen Phase der Zugeständnisse radikal ernst gemacht mit der versprochenen Revolution und die Eliten im Regen stehen lassen.

Nach gut zehn Jahren gibt es aber auch von links grosse Kritik gegen Chavez. Die Hauptlinie jener Kritik, die sich bisher leicht ideologisch dekonstruieren liess, zielte auf wirtschaftliche Unzulänglichkeiten und sogenannte demokratische Defizite, die linke Kritik geht nun aber weiter in Richtung Personenkult und Antisemitismus, und sie behauptet auch das Scheitern von sozialen Errungenschaften der bolivarianischen Revolution. Walter Suter nimmt im Interview Stellung zu diesen Vorwürfen und versucht eine Bestandesaufnahme des von Chavez angestossenen bolivarianischen Entwicklungsprozesses.

tion ist der Umstand, dass die Frau des Aussenministers zugleich Parlamentspräsidentin und Vizepräsidentin der Partei ist. Auch auf dem Land gibt es das Problem, dass installierte Amtsträger sich als kleine Könige aufspielen und versuchen, sich Gefolgschaft zu kaufen. Die Basis ist mit den vorgeschlagenen Kandidaten deshalb oft nicht einverstanden, was einiges Konfliktpotential birgt.

Eine weitere Problematik ist die Unzufriedenheit aufgrund von zeitweise auftretenden Versorgungsmängeln von Konsumgütern. Diese sind weniger, wie oft gesagt wird, auf Misswirtschaft zurückzuführen, sondern nur insofern hausgemacht, als die Kaufkraft der Leute im Allgemeinen gestiegen ist und also auch das Angebot nicht immer mit der Nachfrage mithalten kann.

Wenn ich das richtig sehe, dann sind die Kandidaten für die Septemberwahl mittlerweile bestimmt. Kann man dabei einen Trend ausmachen?

Ende April 2010 hat die PSUV landesweit Primärwahlen durchgeführt, um 50 % ihrer Kandidaten zu bestimmen. Markant dabei ist, dass die Parteibasis anstelle von etwa 70 % der Kandidierenden, die bereits eine gewisse Rolle in Partei und/oder Regierung inne hatten, eigene, ihrer Basis näher stehende Anwärter gewählt hat. Die übrigen 50 % der Parlamentskandidaten werden noch vor Ende Mai durch die zuständigen Parteiorgane auf die Gesamt-Kandidatenliste der PSUV gesetzt. Es dürften dabei vor allem Kampfgefährten der ersten Stunde der Bolivarischen Revolution berücksichtigt werden, die auch eine gewisse Kontinuität des Veränderungsprozesses garantieren sollen.

Wieweit steht die Bevölkerung hinter den einzelnen Schritten der boliviarischen Revolution? Oder anders gefragt, was von den Regierungsinitiativen kommt tatsächlich bei den Leuten an?

Selbstverständlich ist die Zahl der von

sich aus überzeugten Revolutionären, weit geringer als jene, die ein pragmatisches Verhältnis zur Regierung haben. Aber die von oben initiierte Ermächtigung der Leute findet tatsächlich statt und wird in der Bevölkerung auch wahrgenommen und aktiv mitgetragen. Angesichts der Tragweite dieser Prozesse kann man von einer Kulturrevolution sprechen. Dass dies Zeit braucht und auch mit vielen Rückschlägen verbunden ist, versteht sich von selber. Zum Beispiel ist es so, dass die verfassungsmässigen, neuen Gemeinderäte (consejos comunales) in vielen Städten und Gemeinden eine eigene, mit grosser Autonomie ausgestattete basisdemokratische Regierung bilden, parallel zu den meist sehr grossräumigen und durch Korruption geprägten staatlichen Strukturen. Mit selbst erarbeiteten Projekten, die ihrer Gemeinschaft dienen sollen, können sie die Zustimmung und das erforderliche Geld für die Realisierung der Vorhaben bei einem Sonderfonds des zentralen Planungsministeriums beantragen. Das funktioniert ziemlich gut, und in etwa 80% der Fälle werden die Eingaben bewilligt. Die Verwaltung des Geldes liegt dann wiederum in den Händen eines Komitees und nicht beim Bürgermeister, um der Korruption vorzubeugen. In Zukunft sollen sie auch ein eigenes Budget erhalten. Solche consejos comunales gibt es bereits tausende im Land. Die Gesetzgebung erlaubt auch kleinen Gruppen, sich selber zu solchen Räten zusammenzuschliessen. Diese partizipativen Strukturen, die es auch im Gesundheitsbereich und im Bildungsbereich gibt, sollen nach und nach die bestehenden staatlichen Einrichtungen ablösen.

Wie sieht es im Gesundheitswesen aus? Man konnte jüngst die Behauptung lesen, dass viele der neu eingerichteten und immer als Paradestück der Regierung Chavez bezeichneten Stationen der Basis-Gesundheitsversorgung («Misión Barrio

adentro»), die vor allem von kubanischen ÄrztInnen betreut werden, bereits auch wieder eingegangen seien.

Zu den etwa 20 000 kubanischen Ärztinnen und Ärzte sind mittlerweile bereits 2000 bis 3000 venezolanische dazu gekommen. Die Gesundheitszentren werden vor allem von den ärmeren Leuten besucht. Die Reichen gehen meistens in Privatkliniken. Aber die Akzeptanz ist auch in den oberen Schichten insoweit gestiegen, dass zunehmend auch Leute mit Geld in die neuen Zentren gehen. Ob eine grössere Zahl dieser Stationen – wie teilweise in den Medien kolportiert wird – bereits wieder geschlossen worden sind, weiss ich nicht.

Vieles geht den Kritikern zu langsam voran. Gibt es keinen Fahrplan?

Nein. Die Regierung möchte langsam vorgehen, einerseits wegen der beschränkten Mittel, aber andererseits auch, um den Prozessen Zeit zu lassen, sich zu entwickeln. Zudem möchte man alles im Rahmen der gesetzlichen Regelungen erledigen und nicht mit Sonderrecht operieren. Zum Beispiel hat diese Vorsicht auch zur Folge, dass vor allem mittlere Kader in der Verwaltung, die aktiv oder passiv gegen die Regierungsprojekte arbeiten, nicht einfach entlassen und durch regierungstreue Beamte ersetzt werden, sondern dass diese den ganz normalen, in Venezuela sehr starken, arbeitsrechtlichen Kündigungsschutz geniessen. Auch der Bau der geplanten zwei Millionen Sozialwohnungen in den Armengebieten kommt deshalb eher langsam voran.

Kommen wir nochmals zurück zum Konsolidierungsprozess der Partei. Eines der grösseren Probleme sind die Konflikte mit den Gewerkschaften, die unter Chavez offensichtlich einen schweren Stand haben. Diese Problematik besteht allerdings, und sie ist nicht gelöst. Es ist allerdings so, dass die venezolanischen Gewerkschaften im Vergleich zu anderen in La-

teinamerika sehr fragmentiert sind und nie eine starke Stellung gehabt haben. Die aktuellen Konflikte relativieren sich vor diesem Hintergrund auch etwas. Der stärkste Widerstand kommt von fundamentalistisch-anarchistisch orientierten Gewerkschaften. Eine andere Sache ist die, dass es mehr und mehr auch in den Betrieben consejos comunales gibt, die die klassischen Gewerkschaften konkurrenzieren und vom Staat besser gefördert werden.

Wie sieht es insgesamt aus mit interner Kritik an der Regierung? Wer sind ausser den Gewerkschaften die Träger der Kritik? Wie geht Chavez damit um?

Wie gesagt, es gibt viele Leute im Kader,



Walter Suter

die kritisch oder opportunistisch sind und welche die Regierung sozusagen mitschleppt. Dann gibt es seit vier Jahren einen Think Tank des Sozialismus des 21. Jahrhunderts, das «Centro Internacional Miranda» (CIM), der international bestückt und vernetzt ist, der die venezolanischen Versuche kritisch begleitet. Er ist finanziert von der Regierung und Chavez bezieht sich auch immer wieder auf ihn, obwohl die Leute des CIM gerade in der oben angesprochenen Frage der Parteikader eine sehr kritische Haltung einnehmen. Als beispielsweise Chavez angekündigt hat, bei einer allfälligen Nominierung von Kandidaten, die nicht in den revolutionären Prozess hineinpassen würden, zu intervenieren, war die Kritik sehr scharf, worauf Chavez die Ankündigung auch wieder zurückgezogen hat.

Sie beschreiben die angesprochenen Probleme als Schwierigkeiten in einem ambitionierten Prozess und fokussieren weniger auf die Figur des Präsidenten. Schaut man in die deutschsprachige Presse, zeigt sich ein ganz anderes Bild. Dort ist Chavez omnipräsent und an allem allein schuld. Fast scheint es auch, dass die Medien den Personenkult, den sie Chavez vorwerfen, selber ex negativo betreiben.

Es wird meines Erachtens auch einen Chavismo ohne Chavez geben. Die angestossenen Prozesse sind zu tiefgreifend, als dass sie nur mit der Person des Präsidenten stehen oder fallen würden, vieles wird bleiben. Auch die Auseinandersetzungen und Richtungskämpfe laufen vielfältig und sind nicht nur auf ihn bezogen. Natürlich ist er eine absolut präzente Person, mit einer unglaublichen Energie. Tatsächlich ist er es auch, der immer wieder mit neuen Impulsen und kreativen Anstössen vorangeht und auch unbestritten eine Ausstrahlung auf andere linke Regierungen in Lateinamerika hat. Und deshalb wäre es vermutlich von Vorteil, dass er noch einige Zeit bis zur Verwurzelung der Neuerungen im Amt bleibt. Dies wird sich auch im bevorstehenden Wahlkampf wieder zeigen. Chavez ist impulsiv, hat sicher auch autoritäre Züge, sagt oft Dinge, die er dann wieder zurücknehmen muss, was auch wieder ein gefundenes Fressen für seine Kritiker ist. Seine hohe Präsenz hat aber auch mit der in Lateinamerika üblichen starken Position der Exekutiven zu tun. Und Chavez weiss um seine demokratische Legitimierung. Das zeigt sich auch daran, dass er immer mal wieder die Opposition dazu aufruft, ihn doch mit einem Volksreferendum zu stürzen. Schliesslich findet das Auftreten von Chavez, so schräg es für europäisches Empfinden aussieht, in Lateinamerika in einem anderen, in Stilfragen weniger empfindlichen Kontext, statt. Denn nicht zu vergessen ist der Hintergrund, vor dem die boliviarische Revolution sich ereignet. Da sind 500 Jahre

«Autoritarismo» und «Verticalismo» aufzuarbeiten.

Ein weiterer Dauerbrenner der Kritik ist der Vorwurf einer desolaten Infrastrukturpolitik. Zerfallende Strassen und öffentliche Gebäude sowie die grossen Engpässe in der Stromversorgung.

Vieles hängt mit der Abwertung der Währung zusammen, die schon lange nötig gewesen ist, um den Importüberschuss zu kompensieren. Venezuela muss sehr viele Nahrungsmittel einführen. Von so etwas wie Ernährungssouveränität ist es noch sehr weit entfernt. Die daraus resultierenden Verteuerungen betreffen aber vor allem Luxusgüter. Die Güter des täglichen Bedarfs sind vorderhand noch zum alten Preis zu haben. Bezüglich der Infrastruktur ist zu sagen, dass zwar sehr viel getan wird, was aber gemessen an den enormen Aufgaben, die noch warten, natürlich auch wieder sehr wenig ist. Zum Beispiel ist das ganze Schnellstrassennetz zu überholen. Ein anderes gigantisches Projekt wäre ein nationales Eisenbahnnetz. Hier muss festgehalten werden, dass die Regierung diese Aufgaben bereits vor Jahren an die Hand genommen, mit dem Aus- und Neubau der nationalen Strassen- und Bahnvorhaben begonnen und diese teilweise auch bereits realisiert hat. Die Finanzierung dieser Projekte wird aus dem stets mit etwa US-\$ 2 Milliarden geäuften Infrastrukturfonds bei der staatlichen Erdölfirma PDVSA gesichert. (Analogie zum PDVSA-Sozialfonds von etwa US-\$ 3 Milliarden für die Finanzierung der Aufgaben im Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungsbereich). Bei der Stromversorgung wurde tatsächlich nichts, oder zu wenig gemacht, aber auch die Vorgängerregierungen waren schon untätig in diesem Bereich. Und bei der jüngsten, langen Trockenheit, die inzwischen überwunden ist, rächte sich die schwergewichtige Abhängigkeit von dem auf ein zentrales Wasser-Kraftwerk konzentrierten Stausee in Ciudad Guayana,

am Unterlauf des Orinoco. Über 70% des Stroms stammen aus diesem Werk.

Kann es nicht auch sein, dass die Infrastrukturaufgaben etwas unter den vermehrten Waffenkäufen der venezolanischen Regierung leiden, von denen man in letzter Zeit lesen konnte?

Ich glaube nicht in entscheidendem Ausmass. Dazu muss man wissen, dass der Ausrüstungszustand der jetzigen Streitkräfte absolut desaströs ist – gemessen an der strategischen Lage Venezuelas mit seinen zum Teil unsicheren Grenzen und den Erdölvorkommen. Es ist Jahrzehnte nichts gemacht worden. Das heisst, man hat jetzt begonnen, die alten Bestände nach und nach zu ersetzen. Zum Beispiel wurden 100 000 neue Gewehre gekauft und ähnliches. Andererseits, auch wenn General Müller Rojas zu Recht sagt, dass Venezuela gegenwärtig einer Invasion nicht standhalten könnte, muss man auch sehen, dass die gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten, zumal mit den USA, im Moment die Lage eher entspannen als anheizen. Die USA beziehen immer noch einen grossen Teil ihres Erdölbedarfs aus Venezuela, womit sie dort der grösste Abnehmer sind. Umgekehrt besitzt die staatliche Erdölfirma Venezuelas (PDVSA) in den USA selber sechs Raffinerien und ein eigenes Netz von über 10 000 Tankstellen unter dem Firmennamen CITGO. Übrigens scheinen sich die Energieminister der beiden Länder auf technokratischer Ebene bestens zu verstehen.

Was ist aus Ihrer Sicht zu den antisemitischen Vorfällen in Venezuela zu sagen. Es gab Vandalenakte auf jüdische Einrichtungen und antisemitische Internetforen. Gibt es da einen Zusammenhang zwischen den offenbar guten Kontakten zum Iran und der Einstellung des diplomatischen Kontakts zu Israel?

Hier handelt es sich um eine der massivsten Verleumdungen, die Präsident

Chávez erlitten hat, via Medienmanipulation der grössten Art: Nach dem Attentat vom 30.1.2009 auf die Synagoge «Tiferet Israel» in Caracas fand während einer Woche eine breitangelegte Kampagne der oppositionellen Medien Venezuelas und der USA statt, in der Chávez die Verantwortung für die Tat in die Schuhe geschoben wurde, wo er des Antisemitismus bezichtigt und gar mit Hitler gleichgesetzt wurde! Nachdem am 9.2.2009 die Untersuchungsbehörden abschliessend festgestellt hatten, dass das Attentat tatsächlich durch den verantwortlichen Rabbiner der Synagoge selber – mit Hilfe einer Gruppe gewöhnlicher Delinquenten – inszeniert worden war, war das den lokalen Oppositionsmedien aber nur die folgenden zwei spröden Sätze wert: «Die jüdische Gemeinschaft betrachtet den Fall der Synagoge als abgeschlossen. Der Präsident der israelitischen Vereinigung Venezuelas glaubt nicht, dass die Regierung antisemitisch sei.» Eine Entschuldigung für die wochenlange Verleumdung und Verunglimpfung des Staatsoberchefs? Kein Wort. Damit wäre auch gleichzeitig noch etwas zu den charakteristischen Eigenschaften der täglich Pressefreiheit schreienden oppositionellen Medien in Venezuela und deren Glaubwürdigkeit gesagt. Aber deren Wort ist ja den Mainstream-Medien bei uns im Norden beinahe Gesetz.

Wie sind die Aussichten für die Wahlen im September?

Langjährige Wahlkämpfer der heutigen Psuv sagen wieder eine Mehrheit für Chavez voraus, meinen aber dass sie die angestrebte Zweidrittelmehrheit kaum erreichen werden, was sie zu Kompromissen zwingen wird. Wichtig ist, dass sie ihre Basis mobilisieren können. Das Verfassungsreferendum ist ja seinerzeit deshalb verloren gegangen, weil man die eigene Basis zu wenig mobilisiert hatte und nicht weil die Opposition plötzlich viel mehr Anhänger gehabt hätte. ●

Walter Suter war viele Jahre Schweizer Diplomat und zuletzt, bis Ende 2007, Botschafter in Venezuela. Im Verlauf seiner über 40-jährigen Laufbahn im Auftrag des EDA stand er u.a. auch in China, Indien, Argentinien, Chile, Uruguay, Paraguay und Spanien im Einsatz. (waltersuter@hotmail.com)